

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei  
Kriegelstein & Co.  
Bismarckstr. 22.  
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagskonten  
Erscheinen 1880.  
Strotzsch  
Riesa Nr. 22.

Nr. 282.

Freitag, 4. Dezember 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Schwankungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabertages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 60 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; gelbdruckter und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Gewählter Rabatt erzielt, wenn der Betrag vorläufig durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Anzeigen: Anzeigen für den Verkauf von Immobilien, Anzeigen für den Verkauf von Waren, Anzeigen für den Verkauf von Dienstleistungen. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Druckerei oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Bauer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 29. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Die englische Inflation.

Als die Wundwährung zu wanken begann, die eigentliche Ursache ist auch heute noch nicht bekannt — trat in Deutschland das Verlangen auf, die deutsche Währung der englischen anzupassen, das heißt, die Mark in das Schlepptau des Pfund zu bringen, um damit dem deutschen Außenhandel die Konkurrenz zu erleichtern. Nun stellte sich aber sehr bald heraus, daß die englische Wundinflation den englischen Warenmarkt nicht erheblich steigern konnte, daß die verbilligten englischen Waren die Konkurrenz nicht aus dem Felde zu schlagen vermochten, einmal, weil langlaufende Verträge es hinderten, sodann aber auch, weil die deutsche Industrie verdrängt, sich den englischen Preisen anpassen. Daß dabei Opfer gebracht werden mußten, versteht sich. Wenn aber von Seiten der Industrie verlangt wurde, nunmehr müßte rücksichtslos daran gegangen werden, die Produktionskosten zu verbilligen, was nur durch Senkung der Löhne erfolgen konnte, erkannte man gleich die Einseitigkeit dieser Forderung. Freilich hat die Regierung lange gedrückt, ob diese Industrieforderung nicht berechtigt sei. Heute indessen dürfte jeder Streit verkommen, denn selbst wenn wir unsere Produktionskosten rabiate senken hätten, wenn die Löhne radikal abgebaut worden wären, könnte die deutsche Industrie nicht mehr die Preisrückgänge mithalten, die durch die fortschreitende englische Inflation gegeben sind. Das englische Pfund ist bei einer Goldparität von 20,42 Mark in wöchentlichen Abständen von 15,82 M., auf 14,92 Mark, auf 14,25 Mark und schließlich auf 13,98 Mark am 1. Dezember gefallen. Es hat demnach mehr als ein Viertel seines Wertes eingebüßt. Gewiß sind die englischen Waren nicht ganz diesem Wertverlust angepaßt, sie sind nicht sämtlich um ein Viertel billiger geworden, aber der Preisnachlass ist heute bereits so ungeheuer, daß die deutsche Konkurrenz nicht mithalten kann. Die deutsche Industrie müßte zusehen, wenn sie die Preise weiter senken wollte. Sie wird deshalb damit zu rechnen haben, ihren Absatz abzubauen, wenn auf der anderen Seite England nicht dazu übergeht, die Preise nach der Goldwährung einzustellen.

Bundrecht ist jedenfalls in England eine Erleichterung auf dem stark fliegenden Arbeitsmarkt zu verbürgen. Aber das ist nicht allein auf die Währungsrisiko zurückzuführen, sondern auch auf die plötzlich errichteten Zollmauern. Die deutsche Einfuhr nach England allein ist um rund 150 Millionen geschädigt. Da ungefähr 12 Prozent der deutschen Einfuhr nach England geht, wären die englischen Vorgänge unsere Wirtschaft nach zwei Seiten. Einmal durch die Preisunterbietung, sodann durch den hohen Zoll, den die deutsche Industrie nicht tragen kann. Es ist inzwischen ganz aussichtslos geworden, Waren in England abzulassen, die in England selbst fabriziert werden. Und doch gab es bislang eine ganze Reihe von Gegenständen, die aus Deutschland nach England gingen. Diese aber sind auch zunächst durch die hohen Zölle abgewehrt.

Wenn sich Deutschland entschlossen hat, gegen die englische Zollmauer anzurennen und in Verhandlungen um einseitiges Entgegenkommen zu eruchen, so wird es die Antwort erhalten, daß England auf kein Land Rücksicht nehmen kann und um seine Existenz kämpfe. Und man wird weiter darauf hinweisen, daß Deutschland mit keinen Zollmaßnahmen auf die englische Einfuhr auch keine Rücksicht genommen habe. Und selbst wenn Frankreich und Amerika zu protestieren versuchen, man kann nicht erwarten, daß ein Land, das augenblicklich den schmerzlichen Kampf zu bestehen hat, anderen zu Liebe Konzessionen macht.

Im Gegenteil wird die englische Frage inzwischen fast brennender wie die deutsche. So sind die Verluste der Goldländer durch die englische Inflation ganz ungeheuer. In Frankreich sind erhebliche Wundbeträge investiert. Das Wundgut haben ist entsprechend des Währungsverlusts derart zusammengekrumpft, daß in Frankreich bereits die Heberlegung Oberhand gewinnt, man wolle nicht ruhig dem weiteren Wundverfall zusehen. Am meisten wird befürchtet, das Pfund könnte auf eine so niedrige Basis stabilisiert werden, daß die Millionen, man spricht sogar von Milliardenverluste auch viele französische Wundgläubiger verarmen lassen. Und wie in Frankreich, so treten die Befürchtungen auch in der Schweiz hervor. Also gerade in den Ländern, wo die Währung hundertprozentig gesichert ist. Aber gerade der Geldüberfluß in diesen Ländern hat dahin geführt, daß das erhabene englische Pfund als Anlagepapier bevorzugt wurde. Man hat wohl auch die Währungsrisiko als eine vorübergehende Erscheinung aufgefaßt, wird aber jetzt, da der Abstieg des Pfundes so tonnant vor sich geht, ängstlich. Die englische Wirtschaft ist überraschend, aber es hat doch den Anschein, als ob man in England selbst nicht mehr die Kraft hat, der Inflation den Weg zu verbauen. England wird sich auf die Geldmächte stützen müssen, wenn es nicht die Seiten durchleben will, die wir glücklicherweise hinter uns haben.

Und heute schon ist sowohl Amerika wie Frankreich bereit, England unter die Arme zu greifen. Selbstverständlich nicht der Engländer wegen, sondern weil die englische Inflation sich zu einer neuen großen Gefahr für die ganze Weltwirtschaft ausweitet und durch die Wundbeträge ein verhängnisvoller Schaden im Weltkapital aufkommen kann, daß die Verarmung es schließlich überhaupt unmöglich macht, die Weltwirtschaftskrisis zu überwinden.

Deutschland hat bislang eine Konjunktur auszunutzen versucht, die früher die anderen Länder Deutschland gegenüber ausgenutzt haben. Mehr als 700 Millionen Mark sind in den letzten Monaten an Verbindlichkeiten nach England gezahlt. Es lag sogar eine Heberlösung in diesen Wund-

## Was haben die Finanzminister besprochen?

Von der Finanzministerkonferenz.

Berlin. Wie verlautet, hat der sächsische Finanzminister Gehrig die Gelegenheit benützt, um nochmals mit großem Ernst und Nachdruck auf die besondere Notlage Sachsens hinzuweisen. Eine Mitteilung der „Vossischen Zeitung“, nach der von verschiedenen Länderministern, insbesondere von sächsischer und preussischer Seite, harter Bescheid gegen eine neue Kürzung der Beamtengehälter geltend gemacht worden seien, werden wohl dahin ausgelegt werden müssen, daß Sachsen mit Recht darauf verwiesen hat, daß die sächsischen Beamtengehälter bereits sehr viel härter gekürzt worden seien, als dies im Reich und anderen Ländern der Fall sei. Das Beharren dürfte also auf einen gerechten Ausgleich hinsichtlich der Höhe der Beamtengehälter im Reich und anderen Ländern hindeuten.

Am Nachmittag wurden dann die Besprechungen über den Ausgleich des Bundesrats im Reichsfinanzministerium fortgesetzt, ohne daß alle Länderminister noch anwesend waren. Vielmehr ließ sich die Mehrzahl der Länder durch ihre Berliner Bevollmächtigten vertreten.

Berlin. Obwohl über die gestrige Konferenz der Finanzminister der Länder im Reichsfinanzministerium über die amtliche Mitteilung hinaus, daß die öffentlichen Haushalte auf jeden Fall ausgeglichen werden müssen, nichts verlautet, ist anzunehmen, daß maßgebend für die Hervorhebung vorzüglich dieses Gesichtspunktes die bevorstehenden außerpolitischen Finanzverhandlungen sind. In den Besprechungen dürften vor allem die neuen Steuerpläne eine Rolle gespielt haben, wobei man, wie es heißt, auch den Plan erörtern habe, das steuerfreie Existenzminimum von bisher 100 auf 90 oder sogar 80 RM. zu senken, um auch auf diese Weise steuerliche Mehrerlöse zu erzielen. — Im Interesse der Preisstabilität scheint man sich neuerdings neben den sachlichen Plänen besonders den psychologischen Einflüssen zuwenden zu wollen. U. a. ist, wie es heißt, die Forderung einer neuen Wange, des Bierpreises, diskutiert. — Man glaubt im übrigen nicht mehr daran, daß das neue Rotverordnungsdekret der Reichsregierung noch am Sonnabend erscheint, sondern rechnet nunmehr mit Montag.

## Die Beratungen des Reichskabinetts über das Winterprogramm

find, wie das Nachrichtenbüro des Vds. Hrt, immer noch nicht soweit geblieben, daß der Reichskanzler die Sozial-

demokraten, wie er beabsichtigt, über die bevorstehenden Maßnahmen unterrichten kann. In sozialdemokratischen Kreisen wächst die Beunruhigung, die durch die Ungewissheit über die Maßnahmen der Regierung zur Besserung der Wirtschaftslage und namentlich über die Forderungen der Gewerkschaften und der Partei hervorgerufen wird. Die Sozialdemokraten wünschen unbedingt eine Entscheidung vor dem heute nachmittags erfolgenden Zusammentritt des Reichskabinetts des Reichstages, der über die Einberufung des Reichstages beraten soll.

## Erklärungen der „Germania“

Berlin. Zur Konferenz der Finanzminister weist die „Germania“ darauf hin, daß politische und wirtschaftliche Gründe, sowie die Rücksicht auf die Stabilität der Währung den Ausgleich des Haushaltes zur gebieterischen Pflicht machen. Diese Gründe seien so zwingend, daß neue Opfer nicht zu umgehen seien. Bei dem Hundertfachen, den die Personalkosten in den Ausgaben der öffentlichen Hand darstellten, sei deshalb eine neue Senkung der Beamtengehälter unvermeidlich. Außerdem werde ein Rückgriff auf gewisse Steuerreserven wie die Erhöhung der Umsatzsteuer und die Wiedereinführung der Couponssteuer notwendig sein. Die weltwirtschaftliche Entwicklung insbesondere die Lösung vom Goldstandard erfordere eine Anpassung des deutschen Preisniveaus an diese veränderten Verhältnisse. Die kommende Rotverordnung werde deswegen eingehende Maßnahmen zur Durchführung einer Preisstabilisierung enthalten. Sie befähigt dann, daß die Regierung an die Bestellung eines Reichskommissars denke und daß die Preisstabilisierung in erster Linie wichtige Grundstoffe wie Eisen, Kohle, elektrische Kraft sowie weiter den Verkehr, Reichsbahn, Reichspost, Neubausmieten und schließlich überhöhte Handelspreisen bei Lebensmitteln und anderen Waren umfassen wird. Die im Interesse der Wirtschaftlichkeit der deutschen Wirtschaft notwendigen Preisstabilisierungen erforderten selbstverständlich auch eine Senkung der Löhne. „In den letzten Tagen ist sehr viel die Priorität der einen oder anderen Maßnahme erörtert worden. Praktisch gesehen sind die Senkung der Preise und die Senkung der Löhne auf das Abwägen miteinander verknüpft. Das eine ist ohne das andere nicht durchzuführen, so daß eine annähernde Gleichzeitigkeit der beiden Maßnahmen wohl kaum zu vermeiden ist. Sogleich kommt es allerdings in höchstem Grade darauf an — das wird auch für die Reichsregierung der leitende Gedanke sein — daß der Reallohn in seiner gegenwärtigen Höhe erhalten bleibt.“

## Besprechung der Spibengewerkschaften.

Berlin. (Funkpruch.) In einer Besprechung der Spibengewerkschaften aller Richtungen, einschließlich der Beamtenbünde, wurde übereinstimmend als dringendes Gebot der Stunde bezeichnet, Arbeit zu beschaffen und die Arbeitslosen wieder in den Arbeitsprozess einzustellen. Es wurde weiter gefordert, daß die Kontrakt der Volksmassen geschützt und der soziale Gehalt der Arbeitnehmerschaft aufrecht erhalten werde. Die Besprechung befaßte sich eingehend mit dem innerdeutschen Bruderkrieg. Außerdem fand der bevorstehende Zusammentritt des Sonderausschusses zur Begegnung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands in Basel zur Sprache. Es wurde beschlossen, sich mit einer gemeinsamen Vertretung an die Öffentlichkeit zu wenden.

## Erwägungen über einen politischen Weihnachts-Burgfrieden.

Berlin. (Funkpruch.) Wie wir erfahren, ist von bayerischer Seite eine Anregung an die Reichsregierung herabgebracht worden, daß sie in der Weihnachtszeit für einen politischen Burgfrieden Sorge tragen möge. Es würde sich dabei um eine Angelegenheit handeln, die in der praktischen Durchführung in erster Linie Sache der Länderregierungen wäre. Man denkt sich deshalb die Vermittlung so, daß die Reichsregierung mit einem Erlaß an die Länder Maßnahmen verlangt, die für die Weihnachtszeit

zahlungen vor, denn heute wären die Schulden jedenfalls billiger zu tilgen. Doch tritt dadurch eine Entblößung nicht nur der deutschen Reichsbank an Devisen auf, nein, die Kurzschnidner verausgaben sich so, daß sie nach neuen innerdeutschen Krediten Umschau halten müssen, nach Krediten, die nicht mehr zu haben sind. Dann aber muß sich jede Exportindustrie darauf einstellen, daß der Absatz erheblich leidet. Jetzt schon liegen deutsche Erzeugnisse, die für England gearbeitet waren, auf Lager und finden keinen Absatz. Das heißt, neue Produktionsbeeinträchtigungen sind erforderlich. Umstände, die Arbeiterentlassungen zur Folge haben. Der übliche Kreislauf tritt ein, hervorgerufen durch die englische Inflation, durch die englischen Abwehrmaßnahmen. Und wie gelangt wird der Konkurrenz-

jede parteipolitische Betätigung in Wort und Schrift verboten. Das würde bedeuten, daß politische Versammlungen und Demonstrationen unterlag und auch jede Plakatspropaganda wegfiele. Das man die Meinungsäußerung der Presse nicht unterbieten kann, liegt auf der Hand. Immerhin würde durch den Zustand eines solchen Burgfriedens zweifellos eine wesentliche Erleichterung der gegen politischen Atmosphäre während dieser Zeit eintreten, die bis zum Festtage der Heiligen Drei Könige, also bis zum 6. Januar, ausgedehnt werden soll. Bisher hat das Reichskabinet über diese Dinge noch keinen Beschluß gefaßt. In politischen Kreisen rechnet man aber mit der Wahrscheinlichkeit, daß sie der bayerischen Anregung folgt.

## Aktion zur Senkung der Fleischpreise.

Berlin. (Funkpruch.) Im Reichsernährungsministerium finden zur Zeit Verhandlungen mit den beteiligten Fachkreisen statt, die auf eine Senkung der Fleischpreise abzielen. Vor allem ist die verbilligte Abgabe von Fleisch an Gewerkschaften und Unterhaltungsempfangen in Aussicht genommen. Für diesen Zweck ist von Reichs wegen eine Summe von 15 Millionen Reichsmark bereitgestellt. Bei der Aktion sollen jedoch auch gewisse Opfer von dem Fleischgroß- und Kleinhandel getragen werden.

Ueber diese Sonderaktion hinaus wird eine allgemeine Senkung der Fleischpreise erreicht durch Abbau aller Umkosten und Löhne, die für die Preisspanne zwischen Stall und Laden verantwortlich sind. Die Besprechungen sind bereits soweit gediehen, daß mit der Antragslegung der niedrigeren Preise am 15. Dezember gerechnet werden kann.

kampf auf dem Weltmarkt immer schwieriger. Zwischen den amerikanischen Kreditwaren und den englischen Unterbietungen muß die nicht gerade gut fundierte deutsche Exportindustrie den kürzeren ziehen.

So hat die englische Inflation für uns die allergrößte Bedeutung. Die Folgeerscheinungen bedrohen den letzten Rest der deutschen Wirtschaftskraft zu brechen. Nur die Beugung haben wir, daß wir nicht allein die Leidtragenden sind. Aber Deutschland wird es begrüssen müssen, wenn die englische Krise in absehbarer Zeit überwunden wird. Kann es auch nicht selbst mitwirken, so wird es in allen Verhandlungen doch auf eine gemeinsame Hilfsaktion hinarbeiten müssen, auf eine Aktion, die im Interesse aller Länder und der gesamten Weltwirtschaft liegt.